

Ein Dämpfer für den Kultusminister

Einigungsstelle sagt Nein zur Kürzung von Entlastungsstunden - Proteste gegen Unterrichtsausfall

Von Maria Wetzel

Stuttgart Kultusminister Andreas Stoch (SPD) erhält von unerwarteter Seite Gegenwind gegen seinen Sparkurs. Die Einigungsstelle im Kultusministerium hat seinen Plan, Entlastungsstunden für Lehrer und die Extrastunden für die Koordination der Hausaufgabenbetreuung zu streichen, kategorisch abgelehnt. Der vorsitzende Richter habe empfohlen, 'von den geplanten Maßnahmen abzusehen', heißt es. Die Entwicklung, den Lehrern immer neue Aufgaben zu übertragen, die Entlastungen hingegen zu kürzen, könne so nicht weiter gehen. Alle Aufgaben, die nicht zu den originären Dienstpflichten der Lehrer gehörten, seien Sonderaufgaben, für die es eine entsprechende Entlastung geben müsse.

Das Kultusministerium ist an die Empfehlung der Einigungsstelle allerdings nicht gebunden. 'Wir werden in der Regierung und in den Fraktionen darüber beraten', sagte Ministeriumssprecher Roland Peter. Die Einigungsstelle war eingesetzt worden, weil die Personalvertretung den Plänen des Ministeriums nicht zugestimmt hatte.

Stoch steht unter großem Druck. Bis zum 1. August sollen 1000 Lehrerstellen abgebaut werden, bis 2020 insgesamt 11 600 Stellen wegfallen. Das hat Grün-Rot beschlossen und dies mit dem Rückgang der Schülerzahlen begründet. Zu den Sparvorschlägen des Ministeriums gehört unter anderem, 14 Prozent der so genannten Entlastungsstunden für Lehrer zu streichen.

Diese Stunden dienen dazu, die Unterrichtsverpflichtung von Lehrern zu senken, die besondere Aufgaben außerhalb des Unterrichts übernehmen. Dazu zählt beispielsweise die Betreuung von Sammlungen für den Biologie- oder Erdkundeunterricht, die Schulentwicklungsplanung, die Entwicklung von schulischen Lehrplänen, die Fortbildungsplanung, Berufs- und Studienorientierung, Gewalt- und Suchtprävention und vieles mehr. Von Kürzungen sind kleine Schulen besonders stark betroffen. Insgesamt stehen für das Entlastungskontingent rund 1600 Lehrerdeputate zur Verfügung.

Auch Extrastunden für die Gymnasien will Stoch kürzen. Diese erhalten seit 2007 zusätzliche Stunden, um die Hausaufgabenbetreuung für Schüler zu koordinieren. Damit reagierte Schwarz-Gelb seinerzeit auf die Kritik vieler Eltern, dass ihre Kinder durch die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre überlastet seien.

Unterdessen wächst der Unmut der Eltern Landesweit sammeln Elternbeiräte auf einer Online-Plattform Unterschriften gegen die geplanten Kürzungen. Diese gingen 'an die Substanz der Schulen', warnen sie. 'Bestehende Förderkonzepte werden eingeschränkt und gefährdet - das genaue Gegenteil der pädagogischen Weiterentwicklung, die uns im Koalitionsvertrag versprochen wurde.' Zu befürchten sei, 'dass die Landesregierung das Ziel der Bildungsgerechtigkeit aus den Augen verloren hat'.

In Pforzheim gehen am heutigen Donnerstag Eltern auf die Straße, weil an einer beruflichen Schule sieben Prozent des Pflichtunterrichts nicht mehr erteilt werden können und sie die Gefahr sehen, dass sich die Lage verschärft. Im Schnitt fallen an den beruflichen Schulen im Land zwar weniger Stunden aus als früher, es gibt aber große Unterschiede zwischen einzelnen Schulen und auch zwischen den Regierungsbezirken. Auf eine Anfrage der Grünen teilte das Kultusministerium mit, dass im Regierungsbezirk Karlsruhe 4,0 Prozent, in Freiburg 3,6 Prozent, in Stuttgart 1,7 und in Tübingen 1,5 Prozent des Pflichtunterrichts ausfallen.